

Offensiv für die Interessen der Arbeitnehmer!

Die Sozialwahlen 2008 sind angelaufen. Die Wahlzettel für die Berufskammer sind dabei, versandt zu werden und am 28. Oktober wird feststehen, wer wo als Personalvertreter kandidiert.

Die Wahlen werden von der Finanzkrise und deren möglichen Auswirkungen auf Industrie, Handwerk sowie öffentliche und private Dienstleistungsbetriebe überschattet.

Die Gewerkschaftsbewegung hatte bereits im Frühjahr vor der jetzt eingetretenen Krise gewarnt und verlangt, dass die öffentliche Hand endlich eingreift und Maßnahmen beschließt, um zu verhindern, dass die verheerenden Geschäftspraktiken in der Finanzwirtschaft zu einer weltweiten Wirtschaftskatastrophe führen. Erste Maßnahmen in diese Richtung wurden nun getroffen. Dies wurde von der Gewerkschaftsbewegung begrüßt. Gleichzeitig unterstrich der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) in seiner Londoner Erklärung vom 27. September 2008, dass die Finanzkrise die Konsequenz der ungezügelter, unkontrollierten Globalisierungspolitik und der unverantwortlichen Deregulierungspolitik der letzten 25 Jahre ist. Deshalb ist es notwendig, dass weltweit und insbesondere in der Europäischen Union Regeln und Kontrollmechanismen und -instanzen geschaffen werden, um die Macht des Finanzkapitals einzuschränken und, um zu verhindern, dass es nach der milliardenschweren Rettungsaktion weitergeht, als ob nichts geschehen sei.

Das beinhaltet auch politische Konsequenzen auf der Ebene der EU-Kommission und der Zentralbanken.

Zudem gilt es nun sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene die notwendigen haushalts-, finanz- und geldpolitischen Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, dass die reale Wirtschaft von der Finanzkrise in Mitleidenschaft gezogen wird.

In dem Sinne hat der OGBL den Willen der Regierung begrüßt, die öffentlichen Investitionsausgaben auf einem hohen Niveau zu halten.

Es gilt ebenfalls dafür Sorge zu tragen, dass die Kaufkraft der Arbeitnehmer und der Rentner nicht weiter eingeschränkt wird. Die vorgesehenen steuerpolitischen Maßnahmen tragen zwar zum Erhalt der Kaufkraft bei, aber sie können nicht als Rechtfertigung für eine stagnierende Lohn- und Rentenpolitik geltend gemacht werden.

Deshalb hat sich der OGBL für das Rentenajustement und für die Erhöhung des Mindestlohns eingesetzt. Mit Erfolg, denn ab 1. Januar 2009 werden die Renten und der Mindestlohn um 2% erhöht.

Und deshalb setzt sich der OGBL dafür ein, dass der Indexmechanismus wieder ohne Verzögerung spielt. Steuermaßnahmen, Steuerkredite können kein Ersatz für die Indexierung der Löhne und Renten sein. Die Indexierung der Löhne ist nicht Schuld an der Inflation.

Die überwältigende Mehrheit der Menschen in Luxemburg - und dies quer durch alle Gesellschaftsschichten - ist aus gutem Grund für das Indexsystem. Die Regierung ist gefordert, heute

zu erklären, wie sie nächstes Jahr dafür Sorge tragen will, dass das Indexsystem wieder ohne Verzögerung funktioniert, ohne dass den Arbeitnehmern und Rentnern zusätzliche Verluste wie z.B. der Wegfall einer Indextranche zugemutet werden. Die Indexmaßnahmen waren zeitlich begrenzt. Deshalb ist die Regierung gefordert, zu erklären, wie sie die Rückkehr zum normalen System organisieren will. Unklare, vieldeutige Aussagen tragen nicht zu der viel beschworenen Vertrauensbildung bei. Das Tripartite-Abkommen zu benutzen, um sich mit Allgemeinplätzen zum Index über den Wahltermin hinaus zu retten, gilt nicht. Gerade vor den Wahlen ist Klartext gefordert.

Der OGBL und seine Personalvertreter bei der Fortis und der Dexia haben sich in den letzten Wochen für den Erhalt der Arbeitsplätze in diesen beiden Banken eingesetzt, ohne viel Aufsehen, aber konsequent und bislang mit Erfolg. Das Bankensyndikat des OGBL hat vorgeschlagen, dass sich die zuständigen Minister, die ABL und die Gewerkschaften aus dem Finanzsektor zusammensetzen, um vorbeugend über den Erhalt der Arbeitsplätze in diesem Sektor zu beraten. In diesem Zusammenhang sind die Vorschläge, die das Bankensyndikat des OGBL bei den letzten Kollektivvertragsverhandlungen gemacht hatte, und die damals von der ABL abgelehnt wurden, von einer brennenden Aktualität.

Aber die Sorgen um den Erhalt der Arbeitsplätze betreffen nicht bloß den Finanzsektor. Und gerade deshalb ist die Forderung des OGBL, die Gesetzgebung über den Arbeitsplatzertalt (Maintien dans l'emploi) zu verbessern, von großer Wichtigkeit. Hier ist der Arbeitsminister gefordert, dringend zu handeln.

Die Sozialwahlen sind für den OGBL eine Gelegenheit die Bedeutung dieser Forderungen zu unterstreichen.

Wer für eine Verbesserung der Beschäftigungspolitik, für eine bessere Gesetzgebung zum Schutz der Arbeitnehmer bei Restrukturierungen, Fusionen und Konkursen ist, wer für den Index und für den Erhalt der Kaufkraft ist, kann dies unterstreichen, indem er bei den Wahlen für die Berufskammer die Liste 1, die Liste des OGBL, wählt.

Der OGBL setzt sich ein für den Index, für eine gerechte Lohnpolitik, für den Erhalt guter Arbeitsplätze, für soziale Gerechtigkeit, für Chancengleichheit, für eine gute soziale Absicherung, sowie für gute und sichere Pensionen.

Ihre Stimme zählt!

Jean-Claude Reding